

Sélection d'article sur la politique suisse

Requête	25.04.2024
Thème	Sans restriction
Mot-clés	Langues
Acteurs	Sans restriction
Type de processus	Autre
Date	01.01.1965 - 01.01.2024

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Benteli, Marianne
Gerber, Marlène
Gökce, Melike
Zumofen, Guillaume

Citations préféré

Benteli, Marianne; Gerber, Marlène; Gökce, Melike; Zumofen, Guillaume 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Langues, Autre, 1996 - 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 25.04.2024.

Sommaire

Chronique générale	1
Politique sociale	1
Groupes sociaux	1
Personnes handicapés	1
Enseignement, culture et médias	1
Enseignement et recherche	1
Recherche	1
Culture, langues, églises	1
Langues	1

Abréviations

SNF Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen
Forschung

EDA Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

WBK-NR Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats

FNS Fonds national suisse de la recherche scientifique

DFAE Département fédéral des affaires étrangères

CSEC-CN Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil
national

Chronique générale

Politique sociale

Groupes sociaux

Personnes handicapés

AUTRE
DATE: 01.04.2022
MARLÈNE GERBER

Nachdem die WBK-NR einen im Auftrag vierer Postulate erstellten Bericht über Möglichkeiten zur rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen zur Kenntnis genommen hatte, ortete sie die **Notwendigkeit, ein Gesetz zur Anerkennung von Gebärdensprachen auszuarbeiten**. Zu diesem Zweck lancierte sie im Frühjahr 2022 mit 17 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung eine Kommissionsmotion.¹

Enseignement, culture et médias

Enseignement et recherche

Recherche

AUTRE
DATE: 25.02.2015
GUILLAUME ZUMOFEN

Le Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS) souhaite imposer la langue anglaise en cas de **Sollicitation de soutien financier pour la recherche**. Ainsi, l'anglais devient un passage obligatoire vers la manne financière que représente le FNS. Si une telle mesure existe déjà dans les domaines de l'économie ou des sciences exactes, elle n'a pas connu un accueil favorable en science politique. Le FNS a justifié cette décision par la difficulté de trouver des experts externes. L'argument de la compétitivité internationale a résonné. Ainsi, selon le fonds, les propositions devraient être faites en anglais, langue référence de la communauté scientifique. De leur côté, plusieurs instituts de sciences politiques et autres acteurs dans le domaine ont signé une pétition afin d'annuler la décision du FNS. Les pétitionnaires souhaitent ainsi défendre la pluralité linguistique, source de pluralité des idées, et surtout la place des langues nationales dans le paysage de la recherche scientifique. Deux interpellations ont été déposées par Mathias Reynard (ps, VS) et Didier Berberat (ps, NE).²

Culture, langues, églises

Langues

AUTRE
DATE: 06.07.1996
MARIANNE BENTELI

Dass sich Bundesrätin Dreifuss beim Auftakt zur **Abstimmungskampagne** dahingehend äusserte, die Einführung einer einheitlichen romanischen Schriftsprache erscheine ihr angesichts der Erhebung zur Teilamtssprache als ein Gebot der Vernunft, wurde mancherorts als ein Bekenntnis zum Rumantsch grischun gewertet, welches die Bundesbehörden seit 1986 bei der Übersetzung wichtiger Texte ins Romanische verwenden. Ende Februar wurde denn auch ein **bündnerisches Gegenkomitee** ins Leben gerufen, welches den Sprachenartikel als «Mogelpackung» und «tückische Mausefalle» bezeichnete, mit welcher die traditionellen Bündner Idiome durch Rumantsch Grischun («diese Sprache ohne Volk und Seele») ersetzt werden sollten. Diese Verquickung der Diskussion über den revidierten Sprachenartikel mit dem seit Jahren innerhalb der Romantschia schwelenden Streit um die Stellung der Standardsprache Rumantsch grischun hat offensichtlich mit dazu beigetragen, dass der neue Verfassungsartikel in Graubünden mit 68.3% Ja-Stimmen weniger Zustimmung fand als im schweizerischen Durchschnitt. Allerdings fiel auch auf, dass die deutschsprachigen Bündner Gemeinden oft nur ganz knapp zustimmten oder sogar im Lager der Gegner zu finden waren.³

AUTRE
DATE: 06.04.2013
MARLÈNE GERBER

Die aufgrund Emeritierung bedrohte **Professur für die rätoromanische Sprache** an der Universität Freiburg wurde im Berichtsjahr per Vertragsunterzeichnung weiterhin gesichert. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Churer Hochschule für Pädagogik die Professur mit jährlich bis zu CHF 100 000 unterstützt. Im Gegenzug verpflichtet sich der neue Stelleninhaber der Freiburger Professur zum Unterricht an der Hochschule. Diese Lösung erarbeitete eine auf Initiative der Bündner Regierung entstandene Arbeitsgruppe.⁴

AUTRE
DATE: 05.09.2013
MARLÈNE GERBER

Im September versammelten sich Lehrpersonen in Lugano zur **ersten Tagung der Italienischlehrer**. Sie befassten sich mit neuen Konzepten und Ideen zur Förderung der dritten Landessprache und bauten dabei auf den im Vorjahr unternommenen Bestrebungen zur Verbesserung des Stellenwerts der italienischen Sprache in der Schweiz auf. Der Kongress entstand unter anderem aufgrund der an den Gymnasien der Kantone St. Gallen und Obwalden geführten Diskussionen zur Abschaffung des Italienischen als Haupt- oder Schwerpunktfach. Die Streichung dieses Angebotes hatte sich allerdings nur in Obwalden durchgesetzt. Der Verband der Schweizer Italienischlehrer präsentierte an der Tagung die Forderung nach einem Sonderstatus des Italienischen an Schweizer Gymnasien: Jede Kantonsschule müsse den Unterricht in dieser lateinischen Sprache als Maturafach anbieten. Zur verstärkten Sensibilisierung schlug der Verband weitere Massnahmen wie eine Italo-Tessiner Woche an Deutschschweizer Schulen, Schüleraustauschprogramme und Weiterbildungskurse für die Lehrerschaft vor.⁵

AUTRE
DATE: 05.11.2013
MARLÈNE GERBER

Weitere Vorschläge zu **Erhalt und Stärkung des Italienischunterrichts an Mittelschulen** präsentierte im November die im Vorjahr eingesetzte Arbeitsgruppe der Schweizerischen Maturitätskommission (SMK). Die Experten empfehlen den Kantonen unter anderem, Italienisch auf der Sekundarstufe II im Rahmen eines Ergänzungsfaches anzubieten, und die Mittelschulen allenfalls zu verpflichten, Italienisch in einem für das Maturzeugnis relevanten Gefäss anzubieten. Des Weiteren solle geprüft werden, wie der Bund zusätzliche Unterrichtsangebote in der dritten Landessprache finanziell unterstützen könnte. Der Bericht der SMK thematisiert weiter auch Vorschläge zur Stärkung des Italienischangebots im Schulunterricht der Sekundarstufe I.⁶

AUTRE
DATE: 21.11.2013
MARLÈNE GERBER

Der Sprachunterricht nahm auch aus Anlass einer zum 50. Jahrestag des Schweizer Beitritts zum Europarat organisierten **Tagung über die Minderheitensprachen** einen zentralen Stellenwert ein. Über 20 nationale und internationale Experten versammelten sich am 9. Dezember im Berner Rathaus zum Austausch über die bedeutenden internationalen Übereinkommen – namentlich dem Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitssprachen – und über die Rechtslage in der Schweiz. In der zweiten Tageshälfte diskutierten Fachleute über die aktuelle und zukünftige Ausgestaltung des Schulunterrichts von Minderheitssprachen, wobei unter anderem sowohl Vertreter des Kantons Tessin wie auch Obwaldens, wo im letzteren Fall das Hauptfach Italienisch im Gymnasium aufgrund mangelnder Nachfrage kürzlich abgeschafft wurde, zu Wort kamen. In seiner viersprachigen Rede betonte Bundesrat Berset (sp) die Bedeutung der Mehrsprachigkeit zur Bewahrung der kulturellen Identitäten in der Schweiz, wobei er politische Einflussmöglichkeiten zum einen durch das neue Sprachgesetz, zum anderen aber auch durch die Ausgestaltung des Sprachenunterrichts an Schulen gegeben sah. Über die Tagung wurde mit vereinzelt Ausnahmen im Westschweizer und rätoromanischen Raum ausschliesslich in den italienischsprachigen Medien berichtet.⁷

AUTRE
DATE: 13.02.2014
MARLÈNE GERBER

Mathias Grünert wird nach dem emeritierten Georges Darms neuer Inhaber der **Professur für die rätoromanische Sprache** an der Universität Freiburg. Grünert erlangte seine Romanisch-Kenntnisse während seines Studiums an der Universität Bern und arbeitete vorgängig als Redaktor beim Wörterbuch Dicziunari Rumantsch Grischun. Seine Tätigkeiten als Sprachwissenschaftler an der Universität Zürich und der Pädagogischen Hochschule in Chur setzt er auch nach seiner Berufung fort.⁸

AUTRE
DATE: 05.03.2014
MARLÈNE GERBER

Seit der Frühjahrssession 2014 steht die Einstiegsseite der **Parlaments-Homepage ebenfalls auf Rätoromanisch** zur Verfügung. Die Initiative geht auf ein Postulat Candinas (cvp, GR) zurück, welches der Nationalrat 2012 überwiesen hatte. Mit dem 2007 beschlossenen Sprachengesetz sind alle Bundesbehörden verpflichtet, ihre Interneteinstiegsseiten in allen vier Landessprachen zu betreiben. Die Website der Bundesverwaltung ist bereits seit langem auch auf Rätoromanisch abrufbar.⁹

AUTRE

DATE: 18.01.2017
MELIKE GÖKCE

Im Januar dieses Jahres erhielten die Parlamentsdienste nach einem mehrmonatigen Zertifizierungsverfahren das **Label für die Mehrsprachigkeit** der Stiftung „Forum für die Zweisprachigkeit“ verliehen. Die 1996 gegründete, vom Bund, dem Kanton Bern und der Stadt Biel finanzierte Stiftung hatte nach über zehn Jahren Erfahrung mit dem Label der Zweisprachigkeit auch ein Label für Mehrsprachigkeit ins Leben gerufen, welches den Verwaltungseinheiten des Bundes eine vorbildliche Förderung der Mehrsprachigkeit bescheinigen soll.

Die Zertifikatsübergabe fand im Nationalratssaal u.a. im Beisein des Nationalratspräsidenten Jürg Stahl (svp, ZH) und des Stiftungspräsidenten Denis Grisel statt. Im Fokus des Zertifizierungsverfahrens standen folgende vier Aspekte: Visibilität und Kommunikation nach aussen, interne Kommunikationsqualität sowie Gesamtbeurteilung der Mehrsprachigkeitspraxis, Sprachkenntnisse der Mitarbeitenden und Vertretung der Sprachgemeinschaften wie von der Sprachverordnung (SpV) vorgegeben sowie die Förderung der Minderheitensprachen.¹⁰

AUTRE

DATE: 16.03.2017
MELIKE GÖKCE

Unter der Schirmherrschaft des EDA und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren der Westschweiz und des Tessin (CIIP) fand vom 16.–26. März 2017 die **Woche der französischen Sprache und der Frankophonie (SLFF)** in Bern statt. Die Woche bildete den feierlichen Rahmen zum Internationalen Tag der Frankophonie am 20. März und wurde weltweit begangen, mit dem Ziel, die Vielfalt der Frankophonie aufzuzeigen. In der Schweiz beteiligten sich über 15 Städte im Rahmen von rund 100 Veranstaltungen am kulturellen und sozialen Brückenschlag zwischen Frankophonen und Frankophilen sowie jenen, die es noch werden wollten. Persönlichkeiten, denen dieser Brückenschlag bereits gelungen war und die sich besonders um die Frankophonie verdient gemacht hatten, erhielten zugleich in diesem Rahmen den jährlich verliehenen Preis der in der Schweiz akkreditierten französischsprachigen Botschafterinnen und Botschafter.¹¹

1) Medienmitteilung WBK-NR vom 1.4.22

2) Exp, 11.2.15; LT, 25.2.15; TA, 28.2., 3.3.15; LT, 9.3.15

3) BBl, 1996, II, S. 1056 ff.; BÜZ, 10.1., 11.1., 26.2., 20.2., 22.2. und 27.2.96; NZZ, 6.7.96; Presse vom 12.2. und 11.3.96

4) SoS, 6.4.13; NZZ, 9.4.13.

5) NZZ, 6.9.13; SMK (2013). Förderung des Italienischunterrichts

6) Medienmitteilung BFI vom 5.11.13

7) Medienmitteilung BAK vom 21.11. und 9.12.13; CdT, 9.12. und 10.12.13

8) SGR, 13.2.14

9) NZZ, 5.3.14

10) Medienmitteilung des GS vom 19.1.2017

11) Medienmitteilung BR vom 16.3.17